

1. Der Rat der Stadt stellt fest:

- Die derzeitige Finanzausstattung der Stadt Siegen gefährdet die kommunale Selbstverwaltung sowie die der Stadt übertragenen Verpflichtungen zur Daseinsfür- und -vorsorge gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern.
- Trotz überproportionaler, extern verursachter Finanzbelastungen durch Steuerrechtsänderungen, konjunkturelle Einbrüche und ständige Verletzungen des Konnexitätsprinzips gibt es keine Alternative zu einer eigenen städtischen Haushaltskonsolidierung.
- Die Stadt Siegen wird bei Fortsetzung und Intensivierung ihrer eigenen Anstrengungen, bei gleichzeitig unabdingbarer Verbesserung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, ihre Altdefizite und ihre jährlichen originären Haushaltsdefizite so nachhaltig abbauen, dass damit die kommunale Handlungsfähigkeit strukturell zurückgewonnen wird.
- Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Stadt Siegen ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufgestellt. Die aus dem HSK resultierende mittelfristige Finanzplanung hat szenarischen Charakter, denn sie steht im Wesentlichen in unabdingbarer Abhängigkeit von übergeordneten (externen) und damit nicht beeinflussbaren Entscheidungen und Entwicklungen.

2. Der Rat der Stadt erwartet:

- Die Unterstützung des Gesetzgebers in Bund und Land bei der Neuausrichtung der gemeindlichen Finanzen unter besonderer Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips (wer Leistungen beschließt, hat die Finanzierung sicherzustellen) und das Erfordernis zu einer Reform des Gemeindefinanzausgleiches.
- Die Unterstützung der Aufsichtsbehörden (Innenministerium, Bezirksregierung, Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein) zur Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit in notwendigen Korridoren, das heißt auch Unterstützung bei Förderprogrammen, die nachhaltig zur Sicherstellung städtischer Entwicklungsgrundlagen und für Aufgaben des Strukturwandels sowie zur Stärkung der städtischen (oberzentralen) Infrastruktur zu nutzen sind.

3. Der Rat der Stadt beschließt:

- Die grundsätzliche Erhaltung der städtischen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule, Sport und Kultur,
a b e r
partielle Einschränkungen und Standardabsenkungen ohne Gefährdung der Grundstrukturen.